



Flächen schützen und Greening praxistauglich gestalten

Staats- und Bundesregierung müssen aktuelle Anliegen der Landwirte ernst nehmen

München (bbv) – Die Kreisbäuerinnen und Kreisobmänner des Bayerischen Bauernverbandes appellieren an die Politik, endlich einen sorgsameren Umgang mit land- und forstwirtschaftlichen Flächen sicherzustellen. Flächenschonung müsse an erster Stelle stehen, Eingriffe minimiert und innovative Wege bei den Ausgleichsmaßnahmen endlich umgesetzt werden, war die einhellige Meinung des Kreisehrenamts bei seiner Tagung in Herrsching heute. Seit 1970 gingen der Landwirtschaft in Bayern über 500.000 Hektar Acker- und Grünland verloren. Immer mehr Flächen, auf denen Lebensmittel, Futtermittel oder Energiepflanzen erzeugt werden können, werden der landwirtschaftlichen Nutzung entzogen. Doch die Politik sieht dieser Entwicklung bisher tatenlos zu, die jüngste Agrarministerkonferenz von Bund und Ländern blieb in der vergangenen Woche beim Thema Flächenverbrauch unverbindlich. „Die Bayerische Staatsregierung und die Bundesregierung muss den Landfraß endlich stoppen und landwirtschaftliche Nutzflächen über das Landwirtschaftsgesetz schützen“, sagte Walter Heidl. Der neue Präsident des Bayerischen Bauernverbandes stieß damit auf volle Zustimmung bei den 140 Kreisbäuerinnen und Kreisobmännern des BBV.

Die bayerischen Bauernfamilien stehen zu einem wirksamen Umwelt- und Naturschutz und die Kreisbäuerinnen und Kreisobmänner sind sich einig, dass ein praxistaugliches und leistbares Greening in der EU-Agrarpolitik für 2014 bis 2020 nötig ist. Diesem Anspruch wird der bisherige Vorschlag der EU-Kommission zum Greening aber nicht gerecht. Ein gemeinsamer Alternativvorschlag von 16 EU-Staaten nimmt die Sachargumente des Bauernverbandes ernst und wird unter anderem von Frankreich, Deutschland, Österreich, Belgien, Dänemark, Polen, Holland, Spanien, Lettland, Irland, Schweden und Großbritannien unterstützt. Die in diesem Diskussionspapier enthaltene „Option B“ geht in die richtige Richtung und zeigt wie Flexibilität und Wahlmöglichkeiten beim Greening möglich sein könnten. „Die entscheidenden Akteure, der EU-Agrarrat und die Europaabgeordneten, müssen diese Änderungen durchsetzen“, forderte BBV-Präsident Heidl.

Die Kreisbäuerinnen und Kreisobmänner bekräftigen deshalb nochmals die Positionen, die das Präsidium des Bayerischen Bauernverbandes am 29. November 2011 zum Flächenschutz und am 31. Januar 2012 zum Greening beschlossen hat. Auf breiter Basis wurden sie zuvor in den Landesfachausschüssen von Bäuerinnen und Bauern aus allen Regionen Bayerns erarbeitet.